

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 13

Ausgegeben am 23. Dezember 1921

40. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Der englisch-irische Vertrag

Von Heinrich Cunow

Das englische Unterhaus hat den am 6. Dezember zwischen den Mitgliedern der englisch-irischen Verständigungskonferenz abgeschlossenen Staatsvertrag genehmigt. Damit kann der Vertrag als ratifiziert gelten. Zwar muß noch der Dail Eireann, das irische Nationalparlament in Dublin, und das Parlament der zerstückelten Provinz Ulster, oder wie diese jetzt euphemistisch in der englischen Presse genannt wird, »Nord-Irlands«, dem Vertrag zustimmen; doch ist, wenn auch einige Mitglieder des irischen Nationalkabinetts sich bereits öffentlich gegen die Anerkennung des Vertrags ausgesprochen haben und der erwählte Präsident der irischen Republik, Edmund de Valera, in einem Aufruf die Sinnfeiner zur Ablehnung des »nicht dem Wunsche der Landesmehrheit« entsprechenden Abkommens auffordert, wohl kaum daran zu zweifeln, daß schließlich auch der Dail Eireann zustimmen wird. Wie de Valera haben auch die fünf irischen Unterzeichner des Vertrags eine stattliche Anhängerschaft in Irland, vor allem Artur Griffith, der Vizepräsident der irischen Republik, der schon seit ungefähr zwanzig Jahren eifrig für die Selbständigkeit Irlands arbeitet, ferner der erb-wichtige Michael Collins, der frühere Generalleutnant der irisch-republikanischen Armee. Zudem hat wohl formell das Dubliner Nationalparlament allein zu entscheiden; aber neben ihm hat in solchen Fragen der irische Parteiausschuß ein Wort mitzusprechen, in dem zurzeit die gemäßigte Richtung vorherrscht und Griffith einen starken Einfluß besitzt. Noch wichtiger ist, daß auch der Primas von Irland, Kardinal Logue, mit dem größten Teil des Episkopats die Annahme des Vertrags empfehlen dürfte.

Weniger sicher scheint mir die Annahme des Staatsvertrags durch das Parlament der zusammengeschrumpften Ulsterprovinz zu sein. Vielleicht wird jedoch auch dieses nach eigenem Sperrern und Proteftieren sich bereit finden lassen, den Vertrag anzuerkennen. Und wenn nicht, so vermag die Ablehnung das Inkrafttreten des Vertrags zwischen England und dem neuen »i r i s c h e n F r e i s t a a t« — so wird Irland, um das Wort »Republik« zu vermeiden, im Text des abgeschlossenen Vertrags genannt — nicht zu verhindern; denn in diesem Falle scheidet, wie Artikel 12 des Abkommens bestimmt, Ulster, nachdem seine Grenzen durch eine Kommission genau festgestellt sind, als sich selbstverwaltender, direkt unter Englands Oberhoheit stehender Staat aus dem irischen Freistaat aus.

Für Lloyd George ist das Zustandekommen dieses Abkommens ein Riesenerfolg, der nicht nur seine Stellung als englischer Ministerpräsident befestigt und ihm bei den nächsten Parlamentswahlen eine ansehnliche Mehrheit sichert, sondern ihm auch die Durchführung seiner Politik gegenüber den

Vereinigten Staaten von Amerika und den französischen Ansprüchen im Orient wesentlich erleichtert. Dennoch ist das Lob, das ihm die aus der Londoner Downing Street inspirierte englische Presse und in ihrem Gefolge die liberale und demokratische Presse Deutschlands spendet, nur halb berechtigt. Sicherlich zeugt es von einer gewissen faktischen Gewandtheit, daß Lloyd George, nachdem er einmal erkannt hatte, daß er mit seiner irischen Politik in eine finstere Sackgasse geraten war, mit Energie unter geschickter Deckung seines Rückzugs wieder aus der Sackgasse herauszufinden wußte; aber völlig verkehrt ist es, wenn englische und deutsche Blätter behaupten, daß er schon lange auf einen Friedensschluß mit Irland bedacht gewesen sei und für diesen klug seine Vorbereitungen getroffen habe. Im Gegenteil, seit Beginn des Weltkriegs ist die Lloyd Georgesche Repressionspolitik gegen Irland die verkehrteste Politik gewesen, die sich denken läßt — nicht nur, weil sie Blut auf Blut, Nord auf Nord¹ häufte, Irland einer verrohten Soldateska auslieferte und Englands Ansehen in den Augen des Auslandes schwer schädigte, sondern auch, weil vorauszusehen war, daß die ohne jedes Verständnis für den irischen Volkscharakter angewandten harten Unterdrückungsmaßnahmen ganz naturgemäß in der leidenschaftlichen keltischen Bevölkerung Irlands einen Zusammenschluß der bisher uneinigen Elemente und einen selbstbewußten widerstandskräftigen Nationalismus erzeugen mußten, der England schließlich zu weit größeren Zugeständnissen als zur Gewährung der von den früheren irischen Nationalisten geforderten *Homerule* (Selbstverwaltung) würde.

Immer deutlicher trat jedem, der die Vorgänge in Irland verfolgte und trotz aller brutalen Unterdrückungsversuche der »Black and Tans« (der meist unter den Arbeitslosen und den arbeitsunlustigen englischen Kriegsentlassenen angeworbenen Söldlingen) Englands Macht in Irland immer mehr zusammenschrumpfen sah, das völlige Fiasko der Irlandpolitik Lloyd Georges vor Augen; nur dieser selbst glaubte noch immer durch blutige Strenge und von den Iren mit Spott aufgenommene Verheißungen die Sinnfein-Bewegung meistern zu können.

Selbst im April und Mai dieses Jahres, als schon aus seinem eigenen Anhang heraus vielfach Proteste gegen seine irische Politik laut wurden, vermochte Lloyd George sich nicht von seiner Einbildung zu trennen, nur durch rücksichtslose Gewaltanwendung ließe sich Irland beruhigen. Und als er sich schließlich zu dem Versuch verstand, auf anderen Wegen die sogenannte Pazifizierung der Grünen Insel zu versuchen, da war es zunächst weniger die Einsicht in die Verschtheit seines bisherigen Vorgehens als die zunehmende Mißbilligung, die er mit seiner irischen Politik bei seiner eigenen Anhänger-schaft, vornehmlich aber bei den Altliberalen und bei der Britischen Arbeiterpartei fand, die ihn zur Schwenkung bestimmte.

Seine Position als Leiter der englischen Regierung schien ihm bedenklich gefährdet, falls bei den nächsten Parlamentswahlen die gegen ihn kämpfenden Parteien sich die irische Frage als Wahlparole erkoren. Und diese Ge-

¹ Nach der Statistik der irischen Verwaltungszorgane, deren Angaben sich allerdings schwer nachprüfen lassen, sind in Irland im Jahre 1920 203 irische Bürger aus politischen Gründen ermordet, 1184 Bürger von bewaffneter Hand angegriffen und 705 gewaltsam verschleppt worden. Die Anzahl der politischen Verhaftungen betrug 7287, der Zeitungsh Verbote 202.

fahr drohte. Im englischen Unterhaus gestaltete sich die Opposition gegen die Politik der blutigen Repressalien in Irland immer energischer. Vornehmlich nahm die große Debatte am 1. Juni dieses Jahres einen für Lloyd George wenig günstigen Verlauf. Eine Anzahl der bekanntesten Redner wandte sich gegen die Lloyd Georgesche Politik in Irland, und als Earl Winterton den Kritikern zurief: »Ihr sympathisiert mit Rebellen und ermutigt Mörder!«, erwiderte ihm der Abgeordnete Jack Jones unter lebhaftem Beifall: »Ihr seid Mörder, jeder einzelne von euch ist ein Mörder, und zusammen seid ihr nichts als eine Mörderbande.« Zugleich nahmen die Unionklubs der Universitäten von Oxford und Cambridge mit großer Mehrheit Resolutionen gegen die in Irland angewandte Zwangspolitik an, und drei Wochen später, am 23. Juni, faßte auch die in Brighton abgehaltene Konferenz der Britischen Arbeiterpartei eine Entschliebung, in der energisch »eine von Grund auf veränderte« Regierungspolitik gegenüber Irland verlangt wurde.

Dazu kam, daß Lloyd George immer mehr einsehen mußte, sein eifrig verfolgter Plan, mit der als größte Wirtschaftsmacht aus dem Weltkrieg hervorgegangenen nordamerikanischen Union in eine engere freundschaftlich-politische Verbindung zu kommen, werde sich nie erfüllen, wenn er nicht die irische Frage in irgendeiner Weise aus der Welt schaffe.

Dieser Druck, nicht Rücksichtnahme auf das irische Volk oder gar sein Gerechtigkeitsgefühl, hat Lloyd George zum Einlenken in eine andere Bahn gedrängt. Immerhin muß anerkannt werden, daß die Energie, mit der er diese Bahn verfolgte und die durch keine Mißerfolge zu beeinträchtigende Willensfähigkeit, mit der er die Iren trotz zeitweiliger Unterhandlungsstockungen immer wieder an den Verhandlungstisch heranzwang, Anerkennung verdient. Freilich zunächst konnte er sich noch immer nicht entschließen, offen mit den irischen Rebellenführern und dem hinter diesen stehenden illegalen irischen Nationalparlament, dem Dail Eireann,² zu verhandeln. Er suchte dem illegalen »südirischen« Parlament entgegenzustellen; aber die am 28. Juni in Dublin stattfindende Eröffnung dieses Parlaments gestaltete sich zu einer derartigen Posse, daß er bald diesen schönen Plan aufgeben mußte. Von den 64 von der Krone ernannten Senatoren waren am Eröffnungstag nur 15 erschienen, von den 128 Abgeordneten nur 4, nämlich die 4 Delegierten des protestantischen Teiles des »Trinity College«, der Dubliner Universität.

Nachdem ein Waffenstillstand zwischen der englischen Regierung in Irland und den Sinnfeinern zustande gekommen war, wurden darauf von Lloyd George Verhandlungen mit de Valera und dem von diesem mit Zustimmung der englischen Regierung zum 16. August dieses Jahres nach Dublin einberufenen Dail Eireann eingeleitet; doch waren zunächst die Aussichten einer Verständigung sehr geringe, da der Dail Eireann die wiederholten Angebote Lloyd Georges zurückwies. Edmund oder, wie er sich in Gaelisierung

² Der Dail Eireann besteht seit Januar 1919. Als bei der irischen Parlamentswahl vom 28. Dezember 1918 die Sinnfeiner 73 Abgeordnete durchbrachten, schlossen sich diese am 21. Januar 1919 im Dubliner Bürgermeisterhaus zu einer irischen Nationalversammlung zusammen, die den Namen »Dail Eireann« annahm, die irische Sprache als ihre offizielle Verhandlungssprache erklärte und als ihr Ziel die Wiederherstellung der am Ostermontag 1916 in Dublin proklamierten »irischen Republik« verkündete.

seines Vornamens nennt, Camon de Valera erwies sich auf dem politischen Schachbrett als gewiegter Gegner Lloyd Georges. Dadurch, daß er in längeren Briefen an Lloyd George dessen Angebot jedesmal, durch bestimmte Voten der irischen Nationalversammlung gedeckt, mit geschickten Motivierungen ablehnte, ohne die Verhandlungen an irgendeinem Punkte abubrechen, zwang er Lloyd George dazu, immer mehr aus seiner zunächst eingehaltene Reservestellung herauszutreten und nach und nach weitere Zugeständnisse zu machen.

Der Streit, um den es sich bei den Verhandlungen vornehmlich drehte, betraf in erster Linie die Stellung Irlands als souveräner Staat zu England, in zweiter Linie die Eingliederung Ulsters in die neue irische Republik. Edmund de Valera verlangte als Grundlage der Verständigung die Anerkennung Irlands als völlig selbständigen Staat, der zu keiner Anerkennung der englischen Oberherrschaft und des englischen Königs als seinem Monarchen verpflichtet sei, also als völlig gleichberechtigter Kontrahent mit England zu verkehren vermöge. Wohl erklärte er, daß Irland bereit sei, mit England eine Art Freundschaftsbündnis einzugehen und ihm gewisse Vorrechte vor anderen fremden Nationen einzuräumen; aber nur auf der Basis einer freien Verhandlung zwischen Gleichberechtigten. Die Rolle eines von England abhängigen Vasallenstaats lehne Irland entschieden ab. Ebenso sei der Dail Eireann bereit, Ulster die weiteste lokale Selbstverwaltung und ein besonderes Landesparlament zuzugestehen und jede Garantie dafür zu bieten, daß die Protestanten Ulsters ihre kirchlichen Angelegenheiten völlig frei selbst ordnen könnten, doch sei Ulster ein historischer Teil Irlands, dem nicht gestattet werden könne, nach dem Belieben der Mehrheit seiner Bevölkerung außerhalb des souveränen irischen Staates zu bleiben und vielmehr eine Irland feindliche Auslandspolitik zu treiben.

Dagegen verlangte Lloyd George die Anerkennung der Oberhoheit Englands und des englischen Königs als legitimen Monarchen sowie freie Entscheidung Ulsters darüber, ob es sich dem neuen irischen Staat anschließen oder außerhalb seines Bereichs bleiben wolle.

Anfang September schien es, als sei tatsächlich der Verhandlungsfaden gerissen und eine Fortsetzung des blutigen Kampfes zwischen den englischen Polizeitruppen und den Sinnfeinern in Irland unvermeidlich. Der Dail Eireann hatte die von Lloyd George übermittelten Verständigungsvorschläge rundweg abgelehnt, obgleich diese vom englischen Kabinett als *M a g i m a l a n g e b o t* bezeichnet worden waren, deren Ablehnung als ein Verzicht Irlands auf jede weitere Verhandlung aufgefaßt werden würde. Auch hatte de Valera am 30. August einen nicht gerade sehr respektvollen Brief an Lloyd George gerichtet, in dem er mit der Überlegenheit eines Mannes, der die größeren Trümper in seiner Hand zu haben glaubt, freimütig erklärte:

Auch wir sind davon überzeugt, daß ein »entscheidender und unverzüglicher Fortschritt in der Bestimmung der Grundlage gemacht werden sollte, auf der weitere Verhandlungen nutzbringend fortgeführt werden können«, und auch wir erkennen die Wertlosigkeit eines »bloßen Austausches« argumentierender Voten an. Ich werde mich deshalb einer ausführlichen Besprechung der irreführenden geschichtlichen Referenzen Ihres letzten Schreibens enthalten. Wir haben jetzt mit der Wirklichkeit zu rechnen. Die heutigen Bedingungen sind eine Folge der Vergangenheit; wir

fassen sie genau zusammen und erwähnen nur die hauptsächlichsten Tatsachen des Problems. Diese sind:

1. Das irische Volk, das freiwillig keine Vereinigung mit Großbritannien anerkennt, und das als grundlegendes natürliches Recht fordert, daß es seinen eigenen Weg wählen kann, um sein nationales Geschick zu verwirklichen, hat sich mit erdrückender Mehrheit für seine Unabhängigkeit erklärt, hat eine Republik eingeseht und hat mehr als einmal seine Wahl bestätigt.

2. Großbritannien andererseits handelt, als ob Irland sich durch einen Vereinigungskontrakt, der keine Trennung zuläßt, gebunden hätte. Die Gründe dieses vorgeblichen Vertrags liegen auf der Hand; trotzdem fordern die britische Regierung und das Parlament, auf die Theorie seiner Rechtskraft hin, Irland zu regieren und ihm Gesetze zu geben, die so weit gehen, daß irisches Gebiet gegen den Willen des irischen Volkes geteilt wird und daß irische Bürger, die den Gehorsam als Untertanen verweigern, gefoltert oder ins Gefängnis geworfen werden.

Die Vorschläge Ihrer Regierung vom 20. Juli beziehen sich in der Hauptsache auf die letztere Frage. Wir haben Ihre Vorschläge zurückgewiesen, und unsere Zurückweisung ist unwiderruflich. Sie enthielten keine Einladung an Irland, in eine »freie und selbstgewollte« Assoziation mit den freien Nationen des britischen »Commonwealth« zu treten; sie bedeuteten vielmehr eine Einladung an Irland, unter einem Deckmantel und unter Bedingungen, die einen Zustand bedeuteten, der dem der anderen freien Staaten in keiner Weise gleichkam, in diese Gemeinschaft einzutreten. . . .

Die hauptsächlichsten geschichtlichen und geographischen Tatsachen sind unanfechtbar. Ihre Regierung besteht jedoch darauf, sie von ihrem eigenen Standpunkt aus aufzufassen. Wir müssen dasselbe Recht haben. Wie Sie die Geschichte auslegen, fordert sie eine Vereinigung, von unserem Standpunkt aus eine Trennung. Unsere Auffassung über die »geographische Nähe« deckt sich mit der Ihrigen in keiner Weise. Wir sind überzeugt, daß die unsrige die richtige und gerechte ist, und sind zum Beweis dafür willens, daß ein neutraler, unparteiischer Schiedsrichter das Urteil sprechen soll. Sie weigern sich, das zu tun, und drohen, Ihre Ansichten durch Gewalt durchzusetzen. Unsere Antwort darauf, falls Sie diese Richtlinie einschlagen sollten, kann nur im Widerstand bestehen, demselben Widerstand, den die Generationen vor uns geleistet haben.

Gewalt wird das Problem nicht lösen. Sie kann nie den endgültigen Sieg über Vernunft und Recht sichern. Falls Sie Ihre Zuflucht zur Gewalt nehmen, und falls der Sieg nicht auf der Seite der Gerechtigkeit sein sollte, so wird dasselbe Problem, dem wir jetzt gegenüberstehen, auf unsere Nachfolger vererbt. Die Tatsache, daß es der bloßen Gewalt in 750 Jahren nicht gelungen ist, das Problem zu lösen, ist Beweis und Warnung genug.

Von einigen englischen Zeitungen wurde dieses Antwortschreiben de Valeras als Unverschämtheit, von anderen mindestens als politische Unklugheit bezeichnet; denn die Folge könne, meinten sie, lediglich in einem Verzicht der englischen Regierung auf weitere Verhandlung bestehen. Es zeigte sich aber, daß de Valera die Lage richtig beurteilt und sich keineswegs in seiner Meinung, er habe die größeren Trümper in der Hand, geirrt hatte. Schon am 7. September fragte Lloyd George erneut an, ob die irischen Führer willens wären, zu einer Konferenz zu erscheinen, um in mündlicher Aussprache festzustellen, »wie die Vereinigung Irlands mit der Gemeinschaft der Nationen, die als britisches Reich bekannt ist, am besten mit den irischen nationalen Bestrebungen in Einklang gebracht werden könne«. Nach einem weiteren kurzen Briefwechsel zwischen Lloyd George und de Valera nahm der Dail Eireann die Einladung an und ernannte Artur Griffith, Robert Barton, Michael

Collins, George Gavan Duffan und Edmund Duggan zu Delegierten. Am 11. Oktober trafen diese mit den englischen Delegierten zur Konferenz zusammen, deren nach langen Beratungen zustande gekommenes Ergebnis in dem jetzt vorliegenden, am 6. Dezember von beiden Parteien unterzeichneten Vertrag besteht.

Wie schon aus dieser kurzen Verhandlungsschilderung hervorgeht, ist der Vertrag ein Kompromiß. Beide Vertragsschließende haben im Laufe der Verhandlungen einander nicht unerhebliche Zugeständnisse gemacht. Die Iren haben auf die Anerkennung Irlands als autonome »irische Republik« verzichtet und sich mit der Bezeichnung »Irish Free State« (irischer Freistaat) begnügt, auch haben sie sich mit der Einreihung dieses Staates in die »Gemeinschaft der Nationen«, die man Britisches Reich nennt, abgefunden und zugestanden, daß den Mitgliedern des neuen irischen Parlaments ein Eid abverlangt wird, in dem sie den König Georg sowie seinen Thronerben und gesetzmäßigen Nachfolgern Treue geloben. Andererseits wird Irland innerhalb des britischen Weltreichs dieselbe Selbstregierung zugestanden wie Kanada; doch hat es einen beträchtlichen Teil der öffentlichen Schulden des Vereinigten Königreichs (Großbritanniens und Irlands) zu übernehmen und einen angemessenen Teil der Pensionen und Abfindungssummen zu tragen, die England an seine im irischen Verwaltungsdienst tätig gewesenen Beamten (Verwaltungsbeamte, festangestellte Polizeibeamte, Gerichtspersonen usw.) zu zahlen hat.

Dagegen soll Irland berechtigt sein, eine seiner Volkszahl entsprechende Schutzarmee aufzustellen und sich auch zur Verteidigung seiner Küsten eine Kriegsflotte zu schaffen. Bis dahin übernimmt die englische Flotte den Schutz der irischen Küsten, doch ist Irland verpflichtet, auch dann noch, wenn es eine eigene Kriegsflotte gebaut hat, seine Häfen den englischen Schiffen offenzuhalten. Außerdem wird in einem besonderen Vertragsanhang bestimmt, daß die in verschiedenen irischen Häfen von der englischen Admiralität geschaffenen Verteidigungsanlagen, Magazine, Ankerplätze usw. in englischem Besitz und unter englischer Verwaltung verbleiben.

*
*
*

Im größten Teil der englischen Blätter wird dieser Vertrag als Friedensschluß mit Irland, als Sühnung des von Irland mehr als sieben Jahrhunderte erduldeten Unrechts und als sichere Bürgschaft eines zukünftigen engen Freundschaftsverhältnisses zwischen der englischen und irischen Nation gefeiert. Dabei werden Lloyd George Niesenmassen von Lorbeeren auf den Weg gestreut und seine staatsmännische Befähigung in allen Tonarten gepriesen. Selbst der »Manchester Guardian«, der Lloyd George so oft heftig angegriffen hat, hält mit seinem Lob nicht zurück. Werden sich diese schönen Erwartungen erfüllen? Ich glaube nicht daran. Edmund de Valera hat recht, wenn er erklärt, daß dieser Vertrag nicht den Wünschen der Mehrheit der irischen Bevölkerung entspricht. Man wird ihn annehmen, aber als Abzählung betrachten. Von eigentlicher Begeisterung ist in Irland wenig zu spüren. Die langjährige brutale englische Schreckensherrschaft hat zu schwer auf Irland gelastet, als daß die erlittenen Qualen so bald vergessen werden könnten. Und zudem hat der englische Druck ein Nationalbewußtsein, ein Selbstgefühl erzeugt, das sich auch in eine sehr be-

schränkte Abhängigkeit von einem anderen Staatsgebilde nicht mehr zu finden vermag.

Charakteristisch für dieses Nationalgefühl ist, daß die fünf irischen Unterzeichner des Vertrags nicht mit ihrem gewöhnlichen Namen, sondern mit einer Übersetzung ihres Namens ins Altirische unterzeichnet haben, daß seit einigen Jahren selbst Männer von über sechzig Jahren, die nie eine andere Sprache als das Englische gesprochen, noch Irisch lernen, um in der »heiligen Sprache ihrer Vorfahren« sprechen zu können.

Wie weit dieses bis zum schwärmerischen Nationalkultus gestiegene irische Nationalgefühl geht, zeigt deutlich eine Rede de Valeras in Ennis, in der er sagte, wenn er morgen vor die Wahl gestellt würde, ob politische Freiheit ohne irische Sprache oder diese Sprache ohne Freiheit, so würde er persönlich das Wiederaufleben der irischen Sprache wählen. Keiner sei zu jung, keiner zu alt, um Irisch zu lernen.

Dazu kommt, daß die neue irische Regierung ihre Selbstverwaltung keineswegs mit einer glänzenden wirtschaftlichen Lage Irlands beginnt. Die inneren Unruhen und Kämpfe haben Irlands Verkehr und Handel stark beeinträchtigt, und die enormen Steuern und Kriegsabgaben, die es England in den letzten Jahren hat zahlen müssen (die Kriegssteuern betragen von 1915 bis 1920 allein ungefähr 102 Millionen Pfund Sterling), haben einen wesentlichen Teil seines Kapitals nach England entführt. Zudem befinden sich seine industriellen Anlagen sowie seine den Verkehr mit England und fremden Ländern vermittelnden Schiffe meist in englischen Händen. So bleibt es, selbst wenn es politisch von England frei wird, doch wirtschaftlich von diesem abhängig. Es muß deshalb Irland, sobald es versuchen wird, sein Wirtschaftsgetriebe aufzubessern, notwendig überall auf englische Hindernisse und Schranken stoßen; und es ist ganz unvermeidlich, daß das seine Bevölkerung bewegende Bestreben völliger Unabhängigkeit von England dadurch neue Nahrung erhält. Auf dem jetzigen Friedensvertrag lastet das Gewicht einer traurigen Vergangenheit, eines vielhundertjährigen Martyriums eines grausam unterdrückten Volkes, und dieses schwere Gewicht wird meines Erachtens, wenn auch noch nicht heute und morgen, so doch in nicht allzu ferner Zukunft den so vielgepriesenen Vertrag durchbrechen.

Ein Moratorium für Deutschland

Von Artur Heichen

Die Verschlechterung der Mark in den letzten Monaten hat die Frage eines Moratoriums, das heißt eines Zahlungsaufschubs für die deutschen Reparationsbarzahlungen akut werden lassen. Ein Zahlungsaufschub bedeutet nicht eine Verminderung einer Forderung, sondern lediglich eine Hinausschiebung des Fälligkeitstermins. Ein Moratorium zieht deshalb nicht etwa eine Verminderung der Gesamtreparatonsleistung für Deutschland nach sich. Es besteht freilich die Hoffnung, daß ein Moratorium den Auftakt zu einer Revision des gesamten Versailler Vertrags bilden wird. Wann die Welt für eine solche Revision ebenso wie für eine Neuordnung des gesamten internationalen Schuldenproblems reif sein wird, läßt sich freilich heute noch nicht sagen. Kräfte, die dahin wirken und treiben, sind